Modellrechnung

Kapitalvereinbarung

Durch die Finanzvereinbarung werden beim Bund, den Ländern und den Kommunen Zinskosten im Zuge der Umschuldung von Altschulden von ungefähr 12 – 15,6 Mrd. Euro eingespart. Diese Einsparungen dienen der Kapitalisierung des Kreditsicherungsfonds, um die Kreditrisiken bzw. die Nettokreditausfallkosten der Wirtschaft und der Verbraucher zu 90 % zu tragen.

Tabelle 1: Potentielle Zinsentlastung im Zuge der Umschuldung (Jahr 1)

Staatliche Ebene	Gesamt-schuldenstand (Mrd. €)	Jährliches Umschuldungs-volumen (Mrd. €)	Prozentualer Umschuldungs-Anteil (%)	potentielle Zinsentlastung Jahr 1 (Mrd. €)
Bund (inkl. Sondervermögen)	ca. 1.907.0	ca. 350,0 – 400,0	~ 18 - 21	**ca. 9,0 – 11,5**
Länder (16 Bundesländer)	ca. 646.0	ca. 70,0 – 90,0	~ 11 - 14	**ca. 1,8 – 2,5**
Kommunen (Städte & Gemeinden)	ca. 379,0	ca. 45,0 – 55,0	~ 12 % - 15 %	**ca. 1,2 – 1,6**
Summe	**ca. 2.753 Mrd. €**	**ca. 465 - 545 Mrd. €**	**~ 17 bis 20**	**ca. 12,0 - 15,6 Mrd. € (Ø 13,8 Mrd. €)**

Tabelle 1: Eigene Berechnung und Darstellung in Anlehnung an die folgenden Quelle:

Quellen: Zum Schuldenstand des Bundes, der Länder und Kommunen: (Statistisches Bundesamt, 2026) zum Umschuldungsvolumen: (Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH, 2026) siehe zu den Zinsaufwendungen (Bundesministerium der Finanzen , 2024)

Anmerkungen zu Tabelle 1

Gesamtschuldenstand: Der ausgewiesene Gesamtschuldenstand von rund 2.753 Milliarden Euro umfasst die aggregierten Verbindlichkeiten des Bundes (inklusive aller Sondervermögen wie dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds oder dem Sondervermögen Bundeswehr), der 16 Bundesländer sowie die integrierten Gesamtschulden der Kommunen (Städte, Gemeinden und kommunale Zweckverbände inklusive ihrer rechtlich unselbstständigen Eigenbetriebe).

Umschuldungsvolumen: Das jährliche Umschuldungsvolumen von ca. 465 bis 545 Milliarden Euro stellt keine Nettoneuverschuldung dar. Es handelt sich saldenmechanisch um die fälligen endfälligen Anleihen (z. B. Bundesschatzanweisungen, Bundesobligationen) und

Kreditmarktdarlehen, die zur Aufrechterhaltung der staatlichen Liquidität eins zu eins am Kapitalmarkt „gerollt“ – also prolongiert – werden müssen. Der Bund weist hierbei aufgrund seiner strategisch kürzeren Fristigkeiten am Geldmarkt die höchste Umschuldungsquote auf (~18 – 21 %).

Zinsentlastung: Die geschätzte Zinsentlastung für das umgeschuldete Volumen (12,0 bis 15,6 Milliarden Euro) berechnet sich auf Basis eines makroökonomisch defensiven Neuemissionszinses von aktuell 2,5 % bis 3,0 % auf den umgeschuldeten Anteil. Sie beschreibt die potentielle jährliche Mehrbelastung des Staatshaushaltes, die dadurch entsteht, dass zinslose Papiere aus der vergangenen Nullzinsphase durch die gestiegenen Refinanzierungskosten der Zinswende ersetzt werden müssen. Genau dieses freiwerdende Potenzial wird durch die Transformation vollständig zur Speisung des Kreditsicherungsfonds internalisiert.

Weitere Erläuterungen zu Tabelle 2

Zukünftige Zinsbelastung: Die in Tabelle 1 berechnete Entlastung von durchschnittlich 13,8 Milliarden Euro zeigt lediglich den statischen Effekt des ersten Jahres. Die negative Dynamik des aktuellen Zinsregimes ohne Reformen wird beim Blick auf die offizielle Finanzplanung des Bundes deutlich. Laut den aktuellen Sonderanalysen des Bundesrechnungshofes werden sich die jährlichen Zinsausgaben des Bundes von 30,3 Milliarden Euro (Soll 2026) auf 66,5 Milliarden Euro im Jahr 2029 mehr als verdoppeln. Der Anteil der Zinszahlungen an den Gesamtausgaben des Bundeshaushalts bzw. die Zinsquote steigt dabei in diesem kurzen Zeitraum erheblich von 5,8 % auf 11,6 %. Hauptursache für die enorme potentielle Belastung des Haushaltes sind vor allem die Refinanzierungskosten für den Kernhaushalt sowie die neu geschaffenen Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität. (Bundesrechnungshof, 2025) S.14; siehe auch (Deutscher Bundestag , 2026) S. 22 ff.

Tabelle 2: Stresstest des Kredit-Sicherungsfonds im Startjahr (Phase 1)

Wirtschaftsszenario	**Erwartete Kreditausfall-quote**	**Schadenvolumen im Markt (Basis: 600 Mrd. €/ *40 % Erlösquote)***	**90 % Risiko-Übernahme durch Fonds**	**Zustand des Risiko-Fonds *(Basis: Ø 13,8 Mrd. €)***
Normalzustand	Gering (~1,5 %)	ca. 5,4 Mrd. €	ca. 4,9 Mrd. €	**+ 8,9 Mrd. €** *(Überschuss)*
Mittlere Rezession	Erhöht (~3,5 %)	ca. 12,6 Mrd. €	ca. 11,3 Mrd. €	**+ 2,5 Mrd. €** *(Überschuss)*
Schwere Systemkrise	Extrem hoch (~5,0 %)	ca. 18,0 Mrd. €	ca. 16,2 Mrd. €	**- 2,4 Mrd. €** *(Nachschusspflicht aus Haushalts-überschuss)*

Tabelle 2: Eigene Berechnung und Darstellung in Anlehnung an die folgenden Quelle:

Quellen: Zur erwarteten Kreditausfallquote im Normalzustand (Deutsche Bundesbank, 2025) siehe zur erwarteten Kreditausfallquote in der mittleren Rezession und der Erlösquote (S&P Global Ratings, 2026) siehe zur erwarteten Kreditausfallquote in der schweren Systemkrise (Moody's Investors Service, Inc., 2026), siehe auch zu den Kreditausfallquote in Deutschland (Verband der Vereine Creditreform e. V., 2026)

Methodischer Hinweis zu den Modellparametern:

Die gewählten Kreditausfallquoten (1,5 % / 3,5 % / 5,0 %) sowie die Erlösquote (40 %) stellen für das Systemkonzept kalibrierte Modellannahmen dar. Da die herangezogenen Quellen unterschiedliche Teilsegmente und historische Zeiträume abbilden, wurden die Parameter als aggregierte Synthese aus den historischen und aufsichtsrechtlichen Rahmendaten abgeleitet. Die Quote von 1,5 % im Normalzustand orientiert sich an den NPL-Korridoren der Deutschen Bundesbank (vgl. Deutsche Bundesbank 2025). Die Stressparameter für die Rezession (3,5 %) und die schwere Systemkrise (5,0 %) wurden in Anlehnung an die empirischen Ausfalldaten globaler Ratingagenturen modelliert (vgl. S&P Global Ratings 2026; Moody's 2026). Die modellierte Erlösquote von 40 % spiegelt die langfristige Branchenrealität bei Firmeninsolvenzen wider (vgl. S&P Global Ratings 2026) und folgt den konservativen Stressvorgaben der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (vgl. EBA 2025) [3bd993e0].

Anmerkungen zu den Szenarien der Tabelle 2

Normalzustand: Die empirische Brutto-NPL-Quote deutscher Banken bewegt sich in stabilen Phasen zwischen 1,2 % und 1,6 % (Modellwert: 1,5 %). Durch eine historisch validierte Erlösquote von 40 % reduziert sich der reale Netto-Verlust im Markt auf 60 % des Brutto-Ausfalls (0,9 % Netto-Verlustquote).

Mittlere Rezession: Bei einem konjunkturellen Abschwung (BIP-Rückgang um 1,5 % bis 2,0 %) steigen die Brutto-Ausfallraten erfahrungsgemäß auf 3,0 % bis 3,5 %. Nach Verwertung der Sicherheiten (40 % Erlösquote) verbleibt ein realer Netto-Marktschaden von 12,60 Mrd. €.

Schwere Systemkrise: Als historische Referenz dienen die Spitzenwerte der Finanz- (2008/2009) und Dotcom-Krise, bei denen deutsche Brutto-Ausfallquoten temporär auf rund 4,5 % bis 5,2 % kletterten. Die veranschlagten 5,0 % Brutto-Ausfall bilden somit ein historisch verifiziertes Maximalszenario ab.

Weitere Erläuterungen:

Krisenfestigkeit und Belastungsgrenzen: Der Kredit-Sicherungsfonds erweist sich in der mittleren Rezession mit einem verbleibenden Deckungsüberschuss von +2,5 Mrd. € als vollständig krisenfest. Erst beim Extremszenario einer schweren Systemkrise (5,0 % Brutto-Ausfall) wird die Kapazitätsgrenze der liquiden Erstausstattung (13,8 Mrd. €) temporär überschritten. Da die staatliche 90 %-Haftung in diesem Extremfall bei 16,20 Mrd. € liegt, entsteht eine fiskalische Nachschusspflicht von 2,4 Mrd. €.

Fiskalische Handhabung ohne Neuverschuldung: Diese maximale Haushaltsbelastung von 2,4 Mrd. € ist makroökonomisch unbedenklich. Sie macht lediglich 0,33 % des umgeschuldeten Gesamtvolumens (600 Mrd. €) aus. Da der Staat im selben Startjahr einen separaten Haushaltsüberschuss von +11,7 Mrd. € generiert, kann diese Nachschusspflicht

vollständig und ohne jede Neuverschuldung direkt aus den laufenden Überschüssen aufgefangen werden.

Der Akkumulationseffekt und Systemtransformation: Verläuft das Startjahr stabil (Normalzustand), verbleibt ein liquider Puffer von 8,9 Mrd. € im Fonds. Da die anfänglich freiwerdende Zinsentlastung direkt als Erstausstattung zugeführt wird und die staatlichen Zinsausgaben durch fortschreitende Umschuldung stetig weiter sinken, akkumuliert das System in den Folgejahren schnell wachsende Sicherheitsreserven. Das perspektivische Potenzial noch nicht umgeschuldeter Tranchen bleibt dabei als strategische Reserve zweckgebunden im System verankert.

Langfristige Autarkie und Schuldenfreiheit: Durch die zugrundeliegende Arbeitsvereinbarung entfällt die Notwendigkeit einer staatlichen Netto-Neuverschuldung nach der Transformation vollständig. Das Schutzsystem speist sich langfristig autark aus den eingesparten Zinsaufwendungen. Nach vollständiger Tilgung der staatlichen Altschulden tendiert die systemische Gebührenlast gegen null.

Kalkulatorische Ertrags- und Risikobilanz der Banken (Reale Ist-Aufwandsebene)

Bilanzposition der Finanzintermediäre	**Berechnungsgrundlage nach Kreditsegmenten (Basis: 600,0 Mrd. € / 4,38 Mio. Fälle)**	**Makroökonomisches Aggregat**
Einnahmen aus Kreditbearbeitungsgebühren	**Summe der realen zeitlichen Bearbeitungskosten im Markt:**	**+ 27,2 Mrd. €**
1. Konsumentenkredite	3.000.000 Fälle × 3,0 Std. × 150,0 €	*+ 1,4 Mrd. €*
2. Immobilienkredite	750.000 Fälle × 16,0 Std. × 150,0 €	*+ 1,8 Mrd. €*
3. Firmenkredite (KMU)	600.000 Fälle × 24,0 Std. × 150,0 €	*+ 21,6 Mrd. €*
4. Bund, Länder und Kommunen	30.000 Fälle × 53,3 Std. × 150,0 €	*+ 2,4 Mrd. €*
Einnahmen/ Ausgaben E-Euro-Nutzungsgebühren	Umlage der laufenden dezentralen Betriebs- und Compliance-Kosten in Höhe von 1,5 Mrd. €	**+ 0,0 Mrd. €**
Einnahmen / Ausgaben Giral-Kontoführung	Umlage der laufenden Betriebs- und IT-Kosten für traditionelle Girokonten (110 Mio. Konten × ø 50,00 € p.a. vs. 5,5 Mrd. € Kosten)	**- 0,0 Mrd. €**
Einnahmen / Ausgaben Bargeldversorgung	Umlage bezogen auf das Abhebevolumen (ca. 380 Mrd. € Gesamtbezug p.a. × 1,1 % Gebühr vs. 4,2 Mrd. € Kosten)	**- 0,0 Mrd. €**

Ausgaben durch Kreditausfälle	1,5 % Standard-Ausfallquote (= 9,0 Mrd. €). Zu 90 % getragen durch den staatlichen Sicherungsfonds.	**- 0,0 Mrd. €**
Risikoanteil (10 % Mithaftung)	10 % Selbstbehalt auf den realen Netto-Marktschaden (5,4 Mrd. € nach 40 % Erlösquote)	**- 0,5 Mrd.** €
= Verbleibender Saldo für die Betriebskosten & Investitionen	Operativer Überschuss für das deutsche Kreditgewerbe im Ist-Zustand	**= + 26,7 Mrd. €**

Tabelle 3: Eigene Berechnung und Darstellung in Anlehnung an die folgenden Quelle:

Quellen: siehe zu den makroökonomischen Gesamtkapazitäten, den Ertragslagen des Bankensektors sowie zur prozessualen Strukturierung und den empirischen Durchlaufzeiten im Kreditgeschäft, auf deren Basis die Kreditbearbeitungsgebühren von kumuliert 27,2 Mrd. € im Systemkonzept modelliert und abgeleitet wurden:(FinCompare GmbH, 2019) (Horváth AG, 2019) (PricewaterhouseCoopers GmbH) (FinCompare GmbH, 2025) (Deutsche Bundesbank , 2025 a) S. 15- 45; siehe zu den Betriebs- und Compliance-Kosten des E-Euro (PricewaterhouseCoopers GmbH, 2025) (European Central Bank (ECB), 2026) siehe zu den laufenden Betriebs- und IT-Kosten für traditionelle Girokonten (Deutsche Bundesbank, 2025 b) siehe zu den Kosten des Bargeldes: (Deutsche Bundesbank, 2025 c) siehe zur erwarteten Kreditausfallquote im Normalzustand, der marktüblichen Erlösquote bei Firmeninsolvenzen und dem daraus resultierenden bankenseitigen Risikoanteil (10 % Mithaftung) (Deutsche Bundesbank, 2025) (Verband der Vereine Creditreform e. V., 2026) (S&P Global Ratings, 2026)

Anmerkungen zur Tabelle 3: Herleitung der Prozesskosten

Herleitung des Vollkosten-Stundensatzes (150,00 €): Der kalkulatorische Verrechnungssatz von 150,00 € pro Stunde leitet sich aus der Vollkostenrechnung deutscher Kreditinstitute ab. Er basiert auf einem durchschnittlichen tariflichen Bruttolohn qualifizierter Berater und Analysten von ca. 27,00 € pro Stunde (ca. 4.500 € brutto/Monat), welcher sich durch Arbeitgeber-Sozialabgaben und betriebliche Altersvorsorge auf ca. 35,00 € Arbeitgeber-Brutto erhöht. Unter Berücksichtigung von Urlaubs-, Krankheits- und Weiterbildungstagen reduzieren sich die bezahlten Stunden auf ca. 1.664 Anwesenheitsstunden pro Jahr. Da nachgelagerte administrative Tätigkeiten und interne Prozesse die rein produktive, am Kreditfall verbrachte Zeit auf eine Quote von ca. 60 % bis 70 % senken, steigen die effektiven Personalkosten pro produktiver Stunde auf ca. 50,00 €. Zuzüglich des bankenspezifischen Gemeinkosten-Aufschlags (Overhead) von ca. 200 % für Core-Banking-IT, Cyber-Security, repräsentative Standorte sowie die Personalkosten der regulatorischen Stabsabteilungen (Risikocontrolling, MaRisk-Compliance, interne Revision, HR) resultieren reale Vollkosten von ca. 120,00 € bis 150,00 € pro produktiver Stunde.

Herleitung der Fallzahlen und zeitlichen Bearbeitungsaufwände (Ist-Zustand): Das defensive makroökonomische Gesamt-Neukreditvolumen von 600,0 Milliarden Euro bricht auf Basis marktüblicher Durchschnitts-Kreditsummen in 4,38 Millionen Einzelfälle auf. Der manuelle Aufwand steigt entlang der Komplexitätsstufen progressiv an:

Konsumentenkredite (3,0 Mio. Fälle / Ø 15.000 €): 3,0 Stunden Aufwand berücksichtigen trotz hoher algorithmischer Scoring-Systeme manuelle Nachbearbeitungen, Dokumentenprüfungen und Legitimationen im Massengeschäft.

Immobilienkredite (750.000 Fälle / Ø 300.000 €): 16,0 Stunden Aufwand umfassen die zeitintensive manuelle Validierung von Immobilien-Wertermittlungen, Grundbucheinsichten, Objektunterlagen und Tragfähigkeitsrechnungen im Rahmen der Wohnimmobilienkreditrichtlinie.

Firmenkredite/KMU (600.000 Fälle / Ø 400.000 €): 24,0 Stunden Aufwand reflektieren die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Komplexe Bilanzanalysen, mehrjährige Cashflow-Rechnungen, Sicherheitenbewertungen und mehrstufige Gremienbeschlüsse binden im analogen Ist-Zustand erhebliche personelle Kapazitäten.

Öffentliche Hand (30.000 Fälle / Ø 3.000.000 €): 53,3 Stunden Aufwand berücksichtigen die maximale Komplexität hochvolumiger, individueller Kommunal- und Landesfinanzierungen, die umfassende rechtliche Prüfungen der Haushaltsordnungen und langwierige Freigabeprozesse erfordern.

Herleitung der E-Euro-Betriebskosten (1,50 Mrd. €): Die laufenden dezentralen Compliance- und Bereitstellungskosten für das digitale Zentralbankgeld (E-Euro) in Höhe von aggregiert 1,50 Milliarden Euro basieren auf den bankenseitigen Folgekosten für AML- (Geldwäschebekämpfung) und KYC-Infrastrukturen (Kundenidentifikation) sowie den notwendigen IT-Schnittstellen der europäischen Intermediäre. Diese Kosten werden im Modell in Anlehnung an die institutionellen Erhebungen der European Central Bank (ECB 2026) sowie der bankenverbandlichen Berechnungen der PwC Digital Euro Cost Study (2025) abgeleitet. Sie werden im Sinne der ordnungspolitischen Preisehrlichkeit als vollkommen kostenneutrales Nullsummenspiel ausgewiesen, da die Institute zur Deckung dieser spezifischen IT-Infrastrukturkosten eine transparente, marktgerechte E-Euro-Nutzungsgebühr direkt beim Verursacher erheben.

Kosten des Giralgeldes: Um einen fairen, unverzerrten Wettbewerb zwischen dem digitalen E-Euro und dem traditionellen Giralgeld (Buchgeld auf Bankkonten) nach den Gesetzen des Marktes zu garantieren, wird ein striktes gesetzliches Verbot der Querfinanzierung verankert. Die Banken sind verpflichtet, die Kontoführungs- und Nutzungsgebühren für jedes System separat und exakt auf Basis der tatsächlichen, prozessualen Betriebs- und IT-Kosten zu kalkulieren und auszuweisen.

Das traditionelle Giralgeldsystem verursacht im deutschen Bankensektor durch den historisch gewachsenen bürokratischen Überbau, das Vorhalten komplexer, paralleler Zahlungsverkehrssysteme und den hohen Erhaltungsaufwand der Legacy-IT-Infrastruktur laufende Gesamtkosten von rund 5,50 Milliarden Euro pro Jahr. Bezogen auf die makroökonomische Basis von ca. 110 Millionen aktiven Girokonten in Deutschland – amtlich ausgewiesen in der Zahlungsverkehrsstatistik der Deutschen Bundesbank (2025b) – ergibt sich daraus eine reale, verursachergerechte Umlage von durchschnittlich 50,00 Euro pro Konto und Jahr (ca. 4,16 Euro pro Monat).

In der kalkulatorischen Ertrags- und Risikobilanz der Banken (Tabelle 3) wird dieser Posten als vollkommen transparentes Nullsummenspiel (+ 0,0 Mrd. €) ausgewiesen. Da die eingenommenen Kontoführungsgebühren exakt den realen IT- und Betriebskosten der

Institute gegenüberstehen, ist eine wettbewerbswidrige Subventionierung des Giralgeldes durch andere Ertragszweige (wie die Kreditbearbeitungsgebühren) ausgeschlossen.

Kosten des Bargeldes: Um die Marktmechanismen zwischen den Währungsformen abzubilden, unterliegt auch die Bargeldversorgung dem strikten Verbot der Querfinanzierung. Das dezentrale Logistikbudget in Höhe von 4,20 Milliarden Euro erfasst die direkten, institutionellen Infrastrukturkosten des Bankensektors und des Handels (Werttransporte, Tresoranlagen, Automatennetz, Kassenaufwand, Zählprozesse und Falschgeldprüfung).

Diese Kosten werden basierend auf den Strukturdaten der amtlichen Bargeldstudie der Deutschen Bundesbank (2025c) verursachergerechte über eine proportionale Mikro-Nutzungsgebühr von 1,1 % auf das abgehobene Bargeldvolumen (bei einer makroökonomischen Basis von ca. 380 Milliarden Euro Gesamtbezug p.a.) vollkommen kostenneutral (+ 0,0 Mrd. €) direkt beim Nutzer erhoben. Diese prozentuale Ausgestaltung schützt Kleinabhebungen des täglichen Bedarfs sozial ausgewogen und belastet Großabhebungen analog zu ihren realen Transport- und Sicherheitsrisiken.

Es ist festzuhalten, dass diese 4,20 Milliarden Euro die prozessualen Kosten des Banken- und Handelsapparates decken. Die übergeordneten, makroökonomischen Kosten der staatlichen Notenbank-Ebene (Produktionskosten für den physischen Druck neuer Banknoten und das Prägen von Münzen durch die Deutsche Bundesbank/EZB) verbleiben im staatlichen Zentralbank-Sonderhaushalt. Das System bricht jedoch mit dem heutigen Zustand, in dem Kartenzahler und digitale Nutzer die teure Bargeldlogistik über versteckte Produktpreise im Supermarkt unfreiwillig subventionieren müssen.

Die vollkommene und transparente Preisehrlichkeit an den Automaten verdeutlicht den Bürgern im Alltag die immense Effizienz des digitalen E-Euro-Systems und führt – ganz ohne staatlichen Zwang oder Bargeldverbote – zu einer organischen, rein marktinduzierten Durchsetzung des zins- und gebührenfreien E-Euros.

Weitere Erläuterungen:

Perspektivische Kostenreduktion durch digitale Zwillinge: Im voll-digitalisierten Zielzustand können die Kosten für die Kreditnehmer erheblich sinken. Durch den Einsatz digitaler Zwillinge kann der Bearbeitungsaufwand im deutschen Kreditwesen um 75 % bis 80 % reduziert werden. Einige Szenarien zeigen sogar Einsparungen von 99 % auf. Somit könnten die prozessualen Strukturkosten von rund 27,2 Milliarden Euro auf das im Konzept verankerte Gebührenbudget von 6,0 Milliarden Euro (Tabelle 3) sinken. Beispielsweise erfordert dann ein standardisierter Immobilienkredit statt 16,0 Stunden perspektivisch oft nur noch eine Stunde Arbeitszeit. Zusammen mit dem vollständigen Wegfall der Zinskosten könnten die Realwirtschaft und die Verbraucher von jährlichen Kosten für Kredite in Höhe von 95,0 bis 100,0 Milliarden Euro entlastet werden.

Quellenverzeichnis

Bundesministerium der Finanzen . (2024). *Haushaltsrechnung des Bundes (Einzelplan 32 – Bundesschuld)*. Abgerufen am 5. 11 2026 von https://bundeshaushalt.de

Bundesministerium der Finanzen. (2026). *Bundeshaushalt 2026 - Fragen und Antworten*. Abgerufen am 5. 11 2026 von https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren_Bestellservice/bundeshaushalt-2026.pdf?__blob=publicationFile&v=3

Bundesrechnungshof. (2025). *Information über die Entwicklung des Einzelplan 32 (Bundesschuld) für die Beratung zum Bundeshaushalt 2026.* Abgerufen am 6. 11 2026 von https://bundesrechnungshof.de/berichte/information-ueber-die-entwicklung-des-einzelplans-32-bundesschuld-fuer-die-beratungen-zum-bundeshaushalt-2026#

Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH. (2026). *Emissionsplanung des Bundes für das Jahr 2026*. Abgerufen am 5. 11 2026 von https://www.deutsche-finanzagentur.de/fileadmin/user_upload/Pressemitteilung/dt/2025/2025_12_18_pm_10_Emissionsplanung_Bund_2026_dt.pdf

Deutsche Bundesbank . (2025 a). *Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2024.* Frankfurt am Main. Abgerufen am 10. 11 2026 von bundesbank.de

Deutsche Bundesbank. (2025 b). *Zahlungsverkehrsstatistik für Deutschland: Konten für übertragbare, täglich fällige Einlagen und Transaktionsvolumina.* Frankfurt am Main. Abgerufen am 10. 11 2026 von https://bundesbank.de

Deutsche Bundesbank. (2025 c). *Kosten von Zahlungsmitteln im Einzelhandel: Eine empirische Analyse monetärer und nicht-monetärer Kostenstrukturen*. Abgerufen am 10. 11 2026 von https://www.bundesbank.de/de/publikationen/berichte/studien/kosten-von-zahlungsmitteln-im-einzelhandel-972294

Deutsche Bundesbank. (2025). *Finanzstabilitätsbericht 2025.* Frankfurt am Main. Abgerufen am 6. 11 2026 von https://bundesbank.de

Deutscher Bundestag . (2026). *Sondervermögen, krisenbedingte Hilfsprogramme, Zinsausgaben und Schuldenentwicklung des Bundes.* Wissenschaftlicher Dienst, WD 4. Abgerufen am 6. 11 2026 von https://www.bundestag.de/resource/blob/1157946/WD-4-009-26.pdf

European Central Bank (ECB). (2026). *Progress on the digital euro: Update on the work of the digital euro scheme's Rulebook Development Group*. Abgerufen am 10. 11 2026 von https://www.ecb.europa.eu/euro/digital_euro/html/index.en.html

FinCompare GmbH. (2019). *Gewerbliche Kreditanfragen haben längste Durchlaufzeit: bei Finanzinstituten oft mehr als 5 Tage*. (F. Finanzmagazin, Herausgeber) Abgerufen am 10. 11 2026 von https://fincompare.de/finanzmagazin/gewerbliche-kreditanfragen

FinCompare GmbH. (2025). *Der digitale KMU-Kredit: Analyse von Bearbeitungszeiten und Hürden in der gewerblichen Finanzierung.* Berlin. Abgerufen am 10. 11 2026 von https://fincompare.de

Horváth AG. (2019). *Kreditprozesse der Zukunft: Effizienz im Bankengeschäft bei privaten und gewerblichen Kreditanfragen.* Stuttgart/Frankfurt am Main. Abgerufen am 10. 11 2026

Moody's Investors Service, Inc. (2026). *Annual Global Corporate Default and Transition Study.* New York. Abgerufen am 6. 11 2026 von https://moodys.com

PricewaterhouseCoopers GmbH. (2025). *PwC Digital Euro Cost Study: Operational and Compliance Cost Impact for European Intermediaries.* Frankfurt am Main. Abgerufen am 10. 11 2026 von https://pwc.de

PricewaterhouseCoopers GmbH. (kein Datum). *Effizienz-Benchmarks im Kreditgeschäft: Prozesskosten und Durchlaufzeiten in der DACH-Region.* 2025. Abgerufen am 10. 11 2026 von https://pwc.de

S&P Global Ratings. (2026). *Global Corporate Default Fluctuations And The Trailing 12-Month Default Rate.* New York. Abgerufen am 6. 11 2026 von https://spglobal.com

Statistisches Bundesamt. (2026). *Öffentliche Finanzen: Schulden, Finanzvermögen*. Abgerufen am 5.. 11. 2026 von https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finanzen/Schulden-Finanzvermoegen/_inhalt.html

Verband der Vereine Creditreform e. V. (2026). *Creditreform Rating: Default Study - Ausfallraten in der deutschen Wirtschaft.* Abgerufen am 6. 11 2026